

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei  
Tagesblatt Rieser  
Hermann Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,  
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1330.  
Strolche:  
Rieser Nr. 52.

N. 42.

Sonnabend, 18. Februar 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis- und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundstift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reflektenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß, oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten und des Besorgerbetriebs — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hülsmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Rieser.

## Die neue sozialpolitische Notverordnung unterzeichnet. Etwa 29 Millionen für Härtemilderungen.

### Hitler rechnet ab.

Berlin. (Funkspruch.) Die Notverordnung zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung ist heute mittig vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden.

Im wesentlichen enthält die Verordnung die in den letzten Tagen schon verschiedentlich in der Presse genannten Bestimmungen und vor allem Vorschriften, die Erleichterungen für die Kriegsoption darstellen. Die in der Notverordnung im einzelnen vorgesehene Maßnahmen stellen einen Mehraufwand von etwa 27-29 Millionen RM. dar.

Den Hauptanteil davon, ca. 15 Millionen, machen die neuen Bestimmungen über die Invaliden- und Kriegsoptionrenten aus. Die in der Notverordnung vom 14. Juni vorigen Jahres enthaltenen sogenannten Ruhens-Vorschriften, die ein Ruhen der Rente aus der Invalidenversicherung für den Fall anderer Rentenbezüge vorsehen, sind sehr erheblich gemildert worden, und zwar in der Form, daß zum mindesten ein Drittel der Rente zahlbar bleibt. In Zukunft dürfen höchstens 30 Mark der Invalidenrente ruhen bleiben. Weitere 8 bis 10 Millionen Mehraufwand sind dadurch bedingt, daß in Zukunft das Höchstalter für den Empfang von Rinderzulagen und Waisenrenten 16 Jahre (bisher 15 Jahre) beträgt. Weiterhin bleiben daneben die Bestimmungen, die für Jugendliche in der Berufsausbildung die Weiterzahlung bis zum vollendeten 21. Lebensjahr vorsehen.

Im zweiten Teil der Notverordnung ist dann eine Reihe von Erleichterungen, die im Verwaltungswesen erfolgen sollen, in Aussicht genommen. Vor allem handelt es sich dabei darum, daß diejenigen Kriegsoption, deren Rente durch Kapitalabfindung abgelöst worden ist, und die in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Not geraten sind, in Zukunft Unterstützungen bis zu 500 RM. jährlich durch die Versorgungsämter erhalten können. In besonderen Fällen kann diese Unterstützung durch Genehmigung des Reichsarbeitsministeriums erhöht werden. Man rechnet dabei mit einem Gesamtbetrag von 1 bis 2 Millionen. Ferner ist eine Reihe von Milderungen für die Kriegserwitwen vorgesehen, die Zulagenrenten für Kinder und Angehörige erhalten. Diese Milderungen machen ebenfalls einen Betrag von 1 bis 2 Millionen Mark aus. Dazu kommen noch etwa 150 000 bis 200 000 Mark Zuschüsse für studierende Kriegserwitwen.

Von zentraler Stelle wird in diesem Zusammenhang eine Münchener Blättermeldung als absolut unrichtig bezeichnet, wonach die Ablehnung der Aufhebung der 50-Pf.-Krankenkassengebühr im Reichskabinett durch eine ausdrückliche Stellungnahme des Reichskanzlers verursacht worden sei, der den nat.-soz. Antrag zu Fall gebracht habe. Von zentraler Stelle wird festgestellt, daß 1. die Aufhebung der 50-Pf.-Krankenkassengebühr nicht abgelehnt worden ist und daß es 2. unmöglich ist, zu sagen, der Reichskanzler habe den nationalsozialistischen Vorlesern zu Fall gebracht. Das Gegenteil ist richtig. Der Reichskanzler hat sich gemeinsam mit seinen nat.-soz. Ministerkollegen ausdrücklich für diesen Vorschlag eingesetzt; ein Verbot ist überhaupt noch nicht erfolgt.

In der stiefgen Westfalenhalle in Dortmund sprach Freitagabend Reichskanzler Hitler. Seine Rede wurde auf vier Plätze der Stadt durch Lautsprecher übertragen.

Der Reichskanzler bezeichnete den 30. Januar als den Anfang einer geschichtlichen Wende. Als ich vier Jahre Ruhe für meine Arbeit forderte, verlangten die Gegner, ich sollte in viel kürzerer Frist das wieder gutmachen, was sie in vierzehn Jahren verbrochen haben. Ich hätte ja vier Wochen als Frist angeben können, aber ich wollte nicht unser Regiment mit einer Lüge beginnen. Die Gegner verlangen von uns die Vorlegung eines Programms, aber sie schämten sich heute, das Programm zu wiederholen, mit dem sie 1918 das Volk auf die Barrikaden gelockt haben. Heute reden sie nichts mehr von diesem Programm, weil sie nichts davon erfüllt haben.

Unter stürmischem Beifall wiederholte der Kanzler die bereits in Stuttgart abgegebene Erklärung, diejenigen hätten kein Recht, heute nach Freiheit zu rufen, die vierzehn Jahre lang dem nationalen Teil des Volkes die Freiheit genommen hätten. Wir wollen der Nation die Freiheit geben, indem wir sie befreien von denen, die niemals diese Freiheit verdienten.

Wenn heute Herr Braun sagt, er habe nichts angefaßt, so führen wir nur als Beispiel an die zwei Millionen, die er dem bekannten Fond entnommen hat. Wir sind jetzt daraus gekommen, daß es tatsächlich viel größere Summen waren, die von den Herren verwendet worden sind für Zwecke, die sie selbst nicht zugeben wollen. Herr Braun sagt, er sei berechtigt gewesen, das Geld so zu verwenden. Wir antworten ihm: Sie haben Millionen aus Steuergeldern verwendet für Ihre Partei, aber Sie haben über 700 000 Mark im letzten Jahr ausgegeben, für die Sie überhaupt keinen Beleg haben. Die Herren wissen darauf keine Antwort. Das ist nur ein einzelner Fall. Wir werden in den nächsten Wochen dem deutschen Volk eine ganz ungeheuerliche Generalbilanz aufmachen, damit es klar erkennt, welche beispiellose Mißwirtschaft in

den letzten vierzehn Jahren von den Mächtigen Inhabern der Macht getrieben worden ist, die nur dem Saß folgians Nach uns die Sintflut!

Die gewaltige Arbeit, das deutsche Volk aus diesem Jerral herauszuheben, werde ich mit derselben fanatischen Energie aufnehmen, wie ich vor vierzehn Jahren als halbblinder Kriegstruppe unsere Bewegung aufgebaut habe. Das neue Deutschland darf nicht wieder die einseitige Herrschaft von Klassen und Ständen bringen, sondern es soll über Klassen und Stände hinweg das deutsche Volk in allen seinen Ständen und Berufen vereinen zu einem deutschen Deutschland. Dieses neue Deutschland soll sich stützen auf die große Kraftquelle, die wir nicht verloren haben, auf den deutschen Bauern, den deutschen Handwerker und den deutschen Geistesarbeiter.

Heute trete ich noch einmal vor dieses deutsche Volk, nicht, weil ich vielleicht nicht den Mut hätte, unser Regiment und das Regiment unserer Verbündeten durchzuführen, sondern weil ich noch einmal an das Volk selbst appellieren will. Ich möchte von Gott und meinem Gewissen mir selbst den Freispruch holen für das, was notwendig ist in der Zukunft. Ich möchte, daß dieses Volk selbst zur Einsticht kommt und mitteilt. Ich möchte noch einmal die Tür dieser Bewegung aufreißen, damit die Millionenarmeen unserer Volksgenossen noch hineinströmen und lebendig mithelfen am Wiederaufbau Deutschlands. (Stürmischer Beifall.) Die anderen haben 14 Jahre lang verlangt. Ich sage, vier Jahre verlangen wir für uns und dann beurteilen Sie und richten Sie uns. Ich werde mich diesem Urteil nicht entziehen.

Mein Wille ist unerschütterlich und meine Fähigkeit wird durch nichts besiegt werden. Nur eines möchte ich, daß es in Zukunft nicht heißen soll, einer mußte sich gegen alle durchsetzen, sondern daß es in Zukunft heißen werde, das ganze deutsche Volk hat endlich wieder zu sich selbst den Weg gefunden und damit erreicht, daß aus unserem verfallenen Vaterland wieder wird das Deutschland der inneren Größe, der Kraft und damit auch der Herrlichkeit für unsere Kinder. Stürmischer langanhaltender Beifall folgte dem Schluß der Rede.

### Graf Westarp am Schweizer Sender.

Herrn. Der bekannte konservative Politiker Graf Westarp hat gestern um 18.30 Uhr über alle Schweizerischen Sender eine in Form eines Interviews geführte Ansprache gehalten. Auf die Frage des Schweizerischen Teilnehmers „Wie steht es in Deutschland?“ hat Graf Westarp mit der Aufstellung und Lösung einer Reihe von Antithesen geantwortet.

Zur Beantwortung der Sicherheitsfrage erklärte der Redner u. a., die wahren Hoffnungen der anderen bedrohen nicht nur Deutschland, sondern den ganzen Kontinent. Deutschland verlange nicht nur Sicherheit für sich, sondern Sicherheit für ganz Europa; das sei seine Selbstverteidigung.

Die Frage: Volksherrschaft oder Diktatur? sei durch die neue nationale Konzentration gelöst. Während in allen früheren Regierungen seit 1918 Interessentengruppen und Parteienvertretungen herrschten, sei zum ersten Mal eine Regierung geschaffen, gestützt aus allen Kreisen des Volkes und getragen von einem Gedanken: dem der nationalen Verteidigung. Da das deutsche Volk in diesem Ziele einig

sei, bedürfe es keines diktatorischen Zwanges. Die Gegensätze Reich und Länder und Rechts- und Linksparteien seien einander sehr ähnlich und nur aus der deutschen Geschichte zu verstehen. In diesem Zusammenhang wies der Redner darauf hin, daß viele Sozialdemokraten im Kriege ihre Schuldigkeit getan hätten, sog aber einen Trennungskrieg gegen die Kommunisten, weil sie sich unter fremde Staatsraison hielten. Von den 6 Millionen dieser Partei seien die meisten nur Billkäufer aus Not und Bezwungung. Damit kam der Redner zum Problem der Arbeitslosigkeit und der Gründe der Weltwirtschaftskrise. Er erklärte hierzu: Die nationale Regierung hat erklärt, daß sie mit dem Arbeitswahnwitz Schluss mache, um die Forderungen der Privatleute zu retten. Wilde Währungsperimente oder ähnliche betrügerische Kunststücke kommen für Deutschland nicht in Betracht.

Gegen Schluß seiner Rede erklärte Graf Westarp u. a.: Sei der Völkerverbund bereit, das Deutschland besonders im Osten angetane Unrecht wieder aufzumachen und lokal an der Bekämpfung der hilflosen Kriegsschuldlinge zu arbeiten, so werde er sich in Deutschland der besten Sympathien erfreuen.

### Der Reichswehrminister in Kiel.

Kiel. Reichswehrminister General von Blomberg, der zu einem Besuch der Reichsmarine in Kiel eingetroffen ist, hat gestern vormittag in Begleitung des Chefs der Marineleitung Admiral Dr. h. c. Haeber dem Stationschef Viceadmiral Albrecht einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit hielt der Minister an das versammelte Marine-Dienstpersonal eine Ansprache, in der er als seine besondere Aufgabe bezeichnete, die Wehrmacht als ein über den Parteien stehendes unpolitisches Instrument zu erhalten. In diesem Bestreben werde er besonders vom Reichspräsidenten von Hindenburg und vom Reichskanzler Hitler unterstützt.

Anschließend begab sich der Minister an Bord des Linienschiffes „Schleswig-Volstein“ an einem Besuch des Flottenchefs Viceadmiral Glasbick.

Nach einer kurzen Besichtigung des Panzerkreuzers „Deutschland“ schritt der Minister die Front der auf dem Linienschiff in Kiel-See versammelten Truppenteile des Standortes Kiel und der Abordnungen der Flottenstreitkräfte ab.

### Das Hilfswert für Neunkirchen.

Neunkirchen. Der Verwaltungsausschuss des Hilfswerks für Neunkirchen trat vorgestern in Neunkirchen unter Leitung von Minister Gohmann zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bürgermeister Dr. Haack gab einen Überblick über den Stand der getroffenen Hilfsmassnahmen. Danach ermöglichten die von der Regierungskommission zur Verfügung gestellten 500 000 Franken, daß jeder Familie mit einem oder mehr Todesfällen und auch mit einem oder mehreren Schwerverletzten eine sofortige Barunterstützung von 1500 Franken zur Verfügung gestellt werden konnte. Von den obdachlosen Familien konnten bisher 102 in Schulen, in Heimen und bei Privatleuten untergebracht werden. Mit der Errichtung von 10 Wohnbaracken ist bereits begonnen worden. Dadurch werden 60 Mietwohnungen mit je zwei Zimmern geschaffen. Auf das Konto des Hilfswertes bei der hiesigen Sparkasse waren bis gestern 200 696 RM und 189 120 Franken überwiesen worden.